



**An die Mitglieder des Ausschusses für Umwelt, Klima, Grünflächen und Forsten, des Ausschusses Bauen und Stadtentwicklung und des Ausschusses für Mobilität**

**Stabsstelle Bauverwaltung**

Neue Sülze 35  
Auskunft erteilt  
Herr Moll, Zimmer 1.08  
Telefon 309 – 3409      Telefax 309 – 3448  
Email malte.moll@stadt.lueneburg.de  
Mein Zeichen      Datum 03.06.2025

**PROTOKOLL**

Anliegend erhalten Sie das Protokoll zur nachstehenden Sitzung:

<p>▼ Gremium</p> <p><b>Ausschuss für Umwelt, Klima, Grünflächen und Forsten, gemeinsame Sitzung mit Ausschuss für Bauen und Stadtentwicklung und Ausschuss für Mobilität</b></p>	<p>▼ Sitzung vom:</p> <p><b>12.03.2025</b></p>
<p>▼ Sitzungsort</p> <p><b>Ritterakademie, Am Graalwall 12, 21335 Lüneburg</b></p>	<p>▼ Tatsächliche Sitzungsdauer</p> <p><b>16:00 - 18:00 Uhr</b></p>

**Den Öffentlichkeitsstatus der Sitzung entnehmen Sie bitte der beigefügten Tagesordnung.**

Vorsitzender

Dezernentin

Protokollführer

Gros

Gundermann

Moll



## **ANWESENHEITSLISTE**

### **Anwesende Mitglieder**

#### **Vorsitz**

Herr Ralf Gros

#### **Mitglieder des Gremiums**

Herr Eckhard Pols

Frau Carmen Maria Bendorf

Herr Ulrich Blanck

Herr Keno Freund

Herr Christian-Tobias Gerlach

Frau Antje Henze

Vertretung für: Frau Hiltrud Lotze Bürgermeisterin

Herr Kai Herzog

Frau Christel John Bürgermeisterin

Herr Jörg Kohlstedt

Herr Martin Lühmann

Herr Uwe Nehring

Frau Pia Redenius

Herr Jens-Peter Schultz

Herr Patrick Schulze

Frau Jana Mederike Warnck

#### **Grundmandat**

Herr Cornelius Grimm

Herr Dirk Neumann

Herr Frank Soldan

#### **Beratende Mitglieder**

Herr Timo Kniestädt , ver.di

Frau Pervin Pölleritzer

Herr Sascha Rhein Kleingärtner-Bezirksverband e.V.

Frau Petra Sarnes

Vertretung für: Herrn Ulrich Mädge , Oberbürgermeister a.D.

Herr Arnold Spliesgar

Herr Karl Wurm

## Verwaltung

Frau Heike Gundermann Stadtbaurätin  
Herr Carl-Ernst Müller Stabsstelle 01  
Frau Alina Nimmerjahn , Stabsstelle 06  
Herr Matthias Eberhard BL 61  
Frau Constanze Keuter BL 74  
Frau Pia Wiebe BL 34  
Herr Tobias Neumann 01-7  
Herr Simon Podewelz  
Herr Mats Wendland

## Protokollführung

Herr Malte Moll , 06-01

## Abwesende Mitglieder

## Mitglieder des Gremiums

Herr Friedhelm Feldhaus	fehlt entschuldigt
Herr Burghard Heerbeck	fehlt entschuldigt
Frau Andrea Kabasci	fehlt entschuldigt
Frau Hiltrud Lotze Bürgermeisterin	fehlt entschuldigt

## Beratende Mitglieder

Herr Achim Aschenbrenner Kreishandwerker- schaft	fehlt entschuldigt
Herr Denis Bauer , KVG	fehlt entschuldigt
Frau Josephine Beckfeld , AStA	fehlt entschuldigt
Frau Sibylle Bollgöhn	fehlt entschuldigt
Herr Andreas Fündling , Polizeiinspektion Lüneburg	fehlt entschuldigt
Herr Rainer Haffke	fehlt entschuldigt
Herr Jonas Korn , VCD	fehlt entschuldigt
Herr Ulrich Mädge , Oberbürgermeister a.D.	fehlt entschuldigt
Herr Theudas Tafara Mambondo	fehlt entschuldigt
Herr Heiko Meyer - Lüneburg City Manage- ment	fehlt entschuldigt
Herr Andreas Oldenburg	fehlt entschuldigt
Herr Peter Pabst , Behindertenbeirat	fehlt entschuldigt
Herr Cornelius Schnabel , LCM	fehlt entschuldigt

Herr Tobias Siewert , IHK

fehlt entschuldigt

Herr Uwe Wenk , ADFC

fehlt entschuldigt

### **Gleichstellungsbeauftragte**

Frau Karin Fischer Gleichstellungsbeauftragte

fehlt entschuldigt

## **TAGESORDNUNG:**

### **Öffentlicher Teil**

- 1**        **Begrüßung und Feststellung der Beschlussfähigkeit**
- 2**        **Feststellung der Tagesordnung**
- 3**        **Genehmigung des Protokolls vom 12.12.2024**
- 4**        **Mitteilungen der Verwaltung im öffentlichen Teil**
- 5**        **Einwohnendenfragen**
- 6**        **Integriertes Stadtentwicklungskonzept Lüneburg 2025 - 2040**  
**Vorlage: VO/11701/25**
- 7**        **Vorstellung des Klimaschutz-Monitorings "Local Monitoring" durch den Klimaentscheid Lüneburg**  
**Vorlage: VO/11573/24**
- 8**        **Ausschreibung einer städtischen Fläche für eine Freiflächen-Photovoltaikanlage**  
**Vorlage: VO/10841/23-3**
- 9**        **Sachstandsbericht zur Durchgängigkeit der Ilmenau - Planung der Anlagen zum Fischaufstieg**
- 10**       **Verwendung von Klimabäumen bei Nachpflanzungen**  
**Vorlage: VO/11604/24**
- 11**       **Anfragen im öffentlichen Teil**

## **PROTOKOLL:**

### **Öffentlicher Teil**

#### **zu 1 Begrüßung und Feststellung der Beschlussfähigkeit**

Der Ausschussvorsitzende, Ratsherr Gros, begrüßt die Anwesenden und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest.

#### **zu 2 Feststellung der Tagesordnung**

##### **Beschluss:**

Der Ausschussvorsitzende, Ratsherr Gros, schlägt vor, dass der TOP 8 vor TOP 7 gezogen wird.

Die geänderte Tagesordnung wird einstimmig festgestellt.

##### **Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen: 8  
Nein-Stimmen: 0  
Enthaltungen: 2

#### **zu 3 Genehmigung des Protokolls vom 12.12.2024**

##### **Beschluss:**

Das Protokoll vom 12.12.2024 wird einstimmig genehmigt.

##### **Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen: 8  
Nein-Stimmen: 0  
Enthaltungen: 2

#### **zu 4 Mitteilungen der Verwaltung im öffentlichen Teil**

##### **Beratungsinhalt:**

Frau Keuter, Bereichsleitung Grünplanung und Forsten, führt aus, dass eine Förderzusage für das Projekt „Lüneburgs erlebbare und attraktive Ilmenau“ vorliege. Ziel des Projekts sei es, die Erlebbarkeit und Attraktivität der Ilmenau im Stadtgebiet nachhaltig zu steigern. Dazu solle nun im ersten Schritt ein Konzept „Masterplan Erlebnisraum Ilmenau“ ausgeschrieben und beauftragt werden, das im Ergebnis konkrete Gestaltungsansätze liefert. Die Umsetzung der Ansätze erfolge dann ab 2026 über „Resiliente Innenstädte“.

Der Ausschussvorsitzende, Ratsherr Gros, stellt den Kreisnaturschutzbeauftragten, Herrn Bendzko, vor.

Herr Bendzko erläutert, dass er seit dem letzten Jahr für den Landkreis Lüneburg tätig sei. Er wolle zwei Punkte in die Diskussion einbringen. Zum einen seien Wärmeinseln in der Stadt ein wichtiges Thema, insbesondere hinsichtlich der nächtlichen Abkühlung. Zum anderen sollten Stadtbäume mit Maßnahmen zur Verkehrsberuhigung verknüpft werden.

## **zu 5      Einwohnendenfragen**

Es werden keine Einwohnendenfragen gestellt.

## **zu 6      Integriertes Stadtentwicklungskonzept Lüneburg 2025 - 2040 Vorlage: VO/11701/25**

### **Beratungsinhalt:**

Herr Müller führt in die Beratung des Integrierten Stadtentwicklungskonzepts (ISEK) ein. Das Leitbild hat der Rat der Hansestadt Lüneburg am 29.09.2021 (VO/9698/21) beschlossen. Der Rat hat mit Beschluss vom 12.05.2022 (VO/10059/22) den Auftrag erteilt, das ISEK in der zweiten Stufe zu erstellen und damit das Leitbild weiter zu konkretisieren. Dafür wurden unterschiedliche Beteiligungsformate durchgeführt. Das ISEK entstand vor dem Hintergrund aktueller Herausforderungen wie dem Klimawandel, sozialem und demografischem Wandel sowie Strukturwandel.

Für das ISEK gibt es eine digitale Projektseite sowie eine Lesefassung. Beim ISEK handelt es sich um ein informelles Planungsinstrument, das keine rechtsverbindlichen Festsetzungen treffen kann. Entscheidungen über konkrete Flächenentwicklungen oder Projekte müssen separat in den zuständigen Gremien getroffen werden.

Herr Matthes, Forum Stadt und Region, präsentiert die Struktur und ausgewählte Inhalte des ISEK. Das ISEK bildet den strategischen Überbau für verschiedene Fachkonzepte. Verschiedene Einzelziele sind integriert und bestehende Widersprüche geglättet worden. Das ISEK ersetzt dabei keine Fachplanungen, sondern führt diese in einer übergeordneten Gesamtplanung zusammen.

Anschließend gibt Herr Matthes eine Einführung in die digitale Version (siehe <https://lg-isek.de/>). Die Website ist in vier Kacheln unterteilt:

- Analyse: Eine Bestandserhebung mit Informationen zu verschiedenen Themen, beispielsweise Flächennutzung, Stadtentwicklung und Mobilität.
- Ziele: Diese basieren auf dem Leitbild. Es wird zwischen strategischen und operativen Zielen unterschieden.
- Projekte: Aktuell sind dort ca. 100 Beispielprojekte aufgeführt. In Zukunft könnten diese laufend aktualisiert und neue Projekte ergänzt werden.
- Karte: Diese fungiert als eine Art ISEK-Geoportal und enthält Erläuterungen zu verschiedenen Themen und Flächen. Eine Übernahme der Daten in das städtische Geoportal ist grundsätzlich möglich.

Er präsentiert die Vorschläge für die räumliche Entwicklung (siehe <https://lg-isek.de/analyse/> unter dem Punkt Siedlungsentwicklung). Dabei zeigt er auf, mit welcher Bebauung wie viele Wohneinheiten geschaffen werden können (siehe <https://lg-isek.de/interaktiv/>). Der steigende Bedarf an Wohnraum gemäß GEWOS Gutachten wird dargestellt: Der Mehrbedarf wird auf etwa 3.500 Wohneinheiten bis

2030 geschätzt. Aus laufenden Bauleitplanverfahren können bisher bereits rund 1.900 Wohneinheiten entwickelt werden. Damit verbleibt ein ungedeckter Bedarf von weiteren 1.600 Wohneinheiten. Bei der Entwicklung weiterer Flächen sind Aspekte wie die Flächenknappheit, externe Einflüsse (z.B. A39 Tennen-Hochspannungsleitungen), die Reaktivierung der Bahnstrecken aber auch der erforderliche Freiraumschutz zu beachten. Die Entscheidung für einzelnen Flächen liegt beim Rat.

Herr Müller gibt einen Ausblick auf die nächsten Schritte. Am 18.03.25 geht die Vorlage in den Verwaltungsausschuss und die Beratung im Rat ist für den 20.03.25 geplant. Die Internetseite wird für zwei Jahre bereitgestellt werden. Die Karteninhalte können künftig in das öffentliche städtische Geoportal übernommen werden. Grundsätzlich stellt das ISEK eine zentrale Grundlage für die zukünftige räumliche Entwicklung dar.

Herr Wurm merkt an, dass das derzeitige Druckexemplar zum aktuellen Stand weiterentwickelt werden müsste.

Herr Müller führt aus, dass eine weiterführende Entwicklung, sofern man sich dafür entscheide, in größeren Schritten erfolgen würde. Leichte Anpassungen seien im digitalen Rahmen möglich. Die digitale Version sei bereits verfügbar, eine Lesefassung als PDF zum Download zeitnah bereitgestellt.

Ratsherr Kohlstedt betont, dass er das ISEK insgesamt für sehr gelungen hält. Er erkundigt sich, wer die Pflege der Internetseite übernimmt und ob dabei die entstehenden Kosten berücksichtigt wurden. Die Pflege wäre vermutlich sehr umfangreich und aufwändig.

Herr Müller erklärt, dass die Aktualisierung einzelner Projekte grundsätzlich möglich sei. Ein Update der bereits bestehenden Projekte gestalte sich vergleichsweise einfach. Nicht alle Projekte der Stadt seien derzeit enthalten. Die vollständige Abbildung sämtlicher Projekte überschreite die Ressourcen des ISEK. Die Koordination erfolge durch das ISEK-Team. Nicht jede kleinere Veränderung könne erfasst werden, sondern lediglich große Updates, wie Verwaltungsausschuss- oder Ratsentscheidungen.

Ratsfrau John äußert, dass das Projekt insgesamt gelungen sei. Allerdings werde der Bereich Rettmer und Oedeme in der Entwicklung vergessen.

Der Ausschussvorsitzende, Ratsherr Gros, weist darauf hin, dass die Projekte nur beispielhaft dargestellt seien und beispielsweise für das Strategische Ziel „Im Siedlungsbereich wird die Biodiversität gestärkt“ lediglich zwei Projekte (Lambertiplatz und Schrankenplatz) vergleichsweise sehr dürrtig ausgefallen sind. Er fragt, ob Ergänzungen von externer Seite möglich sind.

Herr Müller antwortet, dass es grundsätzlich denkbar sei, externe Ergänzungen aufzunehmen. Dies hänge von dem Arbeitsaufwand ab.

Auf Nachfrage von Ratsherrn Lühmann erklärt Herr Müller, dass das Projekt zum WLAN in der Innenstadt im übernächsten Ausschuss für Wirtschaft, städtische Beteiligungen und Digitalisierung vorgestellt werde.

### **Beschluss:**

Der Ausschuss für Umwelt, Klima, Grünflächen und Forsten und der Ausschuss für Bauen und Stadtentwicklung empfehlen dem Rat einstimmig, folgenden Beschluss zu fassen:

### **Beschlussvorschlag für den Rat**

1. Die im ISEK benannten strategischen und operativen Ziele werden als Grundlage des Verwaltungshandelns beschlossen. Über künftige Änderungen der Ziele entscheidet der Rat.
2. Die Analyse des Stadtgebietes wird zur Kenntnis genommen. Die Vorschläge zu künftigen Flächennutzungen sollen als Grundlage für die Neuaufstellung des Flächennut-

- zungsplans genutzt werden.
3. Die im ISEK dargestellte Projektübersicht wird zur Kenntnis genommen. Über die Umsetzung der einzelnen Projekte entscheidet der Rat. Die Verwaltung wird beauftragt, die Projektübersicht regelmäßig zu aktualisieren.
  4. Die Verwaltung wird beauftragt, die Ziele in den Bereichen der Verwaltung zu verankern.

### **Abstimmungsergebnis:**

#### Ausschusses für Umwelt, Klima, Grünflächen und Forsten

Ja-Stimmen: 9  
Nein-Stimmen: 0  
Enthaltungen: 0

#### Ausschusses für Bauen und Stadtentwicklung

Ja-Stimmen: 8  
Nein-Stimmen: 0  
Enthaltungen: 0

## **zu 7      Vorstellung des Klimaschutz-Monitorings "Local Monitoring" durch den Klimaentscheid Lüneburg Vorlage: VO/11573/24**

### **Beratungsinhalt:**

Auf Nachfrage von Ratsherrn Pols erklärt der Ausschussvorsitzende, Ratsherr Gros, dass er für den Vortrag ungefähr 20 Minuten und danach 10 Minuten für Fragen vorsehe.

Stadtbaurätin Gundermann erklärt, dass es sich um eine Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Klima, Grünflächen und Forsten handle und der Ausschuss für Bauen und Stadtentwicklung nur für den TOP 6 Integriertes Stadtentwicklungskonzept Lüneburg 2025 – 2040 zugelassen sei. Auf Wunsch des Ausschussvorsitzenden des Ausschusses für Bauen und Stadtentwicklung habe ein Tausch der TOP 7 und 8 stattgefunden, weil der TOP zur Ausschreibung einer städtischen Fläche für eine Freiflächen-Photovoltaikanlage auch für den Ausschuss für Bauen und Stadtentwicklung von Interesse sei. Der TOP 7 habe der Ausschussvorsitzende des Ausschusses für Umwelt, Klima, Grünflächen und Forsten gewesen auf mehrfachen Wunsch des Klimaentscheid Lüneburg eingebracht und der Ausschussvorsitzende habe um eine Zulassung des Ausschusses für Mobilität zu dem TOP 7 gebeten.

Frau Hommen und Herr Schwalfenberg, Klimaentscheid Lüneburg, bedanken sich für die Einladung und führen aus, dass der Klimaentscheid Lüneburg durch die Initiative Local Zero von der Dachorganisation German Zero entstanden sei. Daraus habe sich ein lokales Monitoring entwickelt, das den Weg eines kommunalen Teams zeige und sich aktuell in der Phase der Beobachtung befinde. Das Ziel der Hansestadt bestehe darin, bis zum Jahr 2030 Klimaneutralität zu erreichen. Dabei solle der Fokus auf wesentliche Maßnahmen gelegt werden. Hindernisse und Erfolge sollen sichtbar werden und Partizipation angeregt werden. Deutschlandweit werde in insgesamt 25 Städten ein Monitoring durchgeführt, von denen 15 bereits online einsehbar seien.

Die Website für Lüneburg wird vorgestellt, wobei sowohl der Status der Maßnahme als auch die Priorität wichtig sei. Anhand der Beispiele Ökostrom für Kommunen, Parkzonen und Parkgebühren sowie Ernährung in öffentlichen Kantinen wird dies gezeigt. Darüber hinaus gebe es weitere Maßnahmen, insbesondere im Bereich der Wirtschaft, da rund 42 % der Treibhausgasemissionen in Lüneburg aus diesem Bereich stammten. Hierzu gehörten beispielsweise der Ausbau von Photovoltaik und die Integration des Klimaschutzes in Führungsentscheidungen.

Die gesamte Arbeit erfolge ehrenamtlich, was gelegentlich zu Verzögerungen führe. Zudem sei man auf externe Informationen angewiesen. Im Hinblick auf politische Unterstützung werde sich gewünscht, dass die Politik einerseits für die Bereitstellung finanzieller Mittel Sorge und andererseits konkrete Maßnahmen beschließen solle. Weitere Informationen und Maßnahmen seien auf der Website

einsehbar.

Herr Wurm wünscht sich, dass der Eigenverbrauch und Eigenkonsum mehr beleuchtet werden, weil dort eine große Klimareduzierung möglich sei.

Herr Schwalfenberg antwortet, dass so etwas in den Klimaschutzplan der Hansestadt aufgenommen werden könnte.

Ratsfrau Redenius lobt das Projekt und fragt, inwiefern das Projekt mit dem NUMP verzahnt ist oder werden kann.

Frau Hommen erläutert, dass der Klimaentschied die Umsetzung und Einhaltung des Klimaschutzplans überwacht. Es würde an der Verwaltung und der Politik liegen, den NUMP in den Klimaschutzplan aufzunehmen.

Ratsherr Lühmann fragt, inwieweit die E-Mobilität gerade für kleinere Unternehmen attraktiver gestaltet werden könnte.

Herr Schwalfenberg erklärt, dass die Frage mitgenommen werde und auch an die Verwaltung in Hinblick auf Förderprogramme zu richten sei.

Die Informationen des Klimaentscheids Lüneburg werden zur Kenntnis genommen.

## **zu 8        Ausschreibung einer städtischen Fläche für eine Freiflächen-Photovoltaikanlage** **Vorlage: VO/10841/23-3**

### **Beratungsinhalt:**

Herr Kipke, Fachbereichsleitung Klimaschutz, Nachhaltigkeit, Umwelt und Mobilität, führt aus, dass die vorgelegte Vorlage auf einem Beschluss aus dem September basiere. Das Planungsbüro wir.solar sei beauftragt worden. Mit den Ergebnissen solle nun die Ausschreibung gestartet werden. Es handelt sich nur um die im Eigentum der Hansestadt befindliche Fläche und entsprechend des Wunsches des Ausschusses für Umwelt, Klimas, Grünflächen und Forsten wird die Nutzung des Stroms vor Ort in die Bewertungskriterien mit aufgenommen. Ziel sei ein Vertragsabschluss im zweiten Halbjahr.

Ratsherr Grimm erkundigt sich, ob eine Firma gesucht werden solle, die das Projekt umsetze und die Stadt dann keine Energie selbst produziere. Dies hätte ein möglicher Ausgangspunkt für weitere Flächen sein können. Die Fläche sei im Flächennutzungsplan teilweise als landwirtschaftliche Fläche ausgewiesen. Er fragt, ob die Fläche eine Industriefläche werde oder nur der Streifen genutzt werde.

Herr Kipke gibt an, gesellschaftsrechtliche Fragestellungen seien mit dem Fachbereich 2 geprüft worden. Aus betriebswirtschaftlicher Sicht werde eine eigene Gesellschaft nicht befürwortet. In den Vergabeunterlagen würden verschiedene Modelle ermöglicht. Für mögliche weitere Projekte würden auch weitere Flächen berücksichtigt. Aktuell solle jedoch die privilegierte Fläche in die Vergabe gehen.

Ein Einwohner ergänzt, dass es sich bei der Fläche nicht um ein Industriegebiet, sondern um ein Sondergebiet handele, welches für diesen Zweck nutzbar sei.

Herr Eberhard, Bereichsleitung Stadtplanung, ergänzt, dass die Fläche im Abstandsbereich zur Autobahn für Photovoltaik vorgesehen sei. Nur in diesem Bereich sei Photovoltaik im Außenbereich privilegiert zulässig und ohne weitere planungsrechtliche Maßnahmen möglich.

Der Ausschussvorsitzende, Ratsherr Gros, führt an, dass die Wirtschaftlichkeitsbetrachtung einen

jährlichen Betrag von etwa 5.000 € ergeben habe. Möglicherweise finde sich kein Projektierer. Falls der Solarpark „Schwarzer Berg“ hinzugerechnet werde, könne es sinnvoll sein, beide Flächen zusammen zu vergeben. Er fragt, ob Anforderungen an die konkrete Gestaltung gestellt werden.

Herr Kipke betont, dass möglichst schnell gehandelt werden solle. Falls kein Angebot eingehe, müsse gegebenenfalls eine neue Ausschreibung erfolgen, bei der beide Flächen gemeinsam betrachtet würden. Die Gestaltungsoptionen werden bereits in den Vergabeunterlagen berücksichtigt und in der Bewertung mit größtmöglichem Spielräumen versehen.

Ratsherr Pols fragt, wie die technische Umsetzung bei lokaler Verwendung des erzeugten Stroms aussehen könnte. Er verweist auf die Möglichkeit der Agri-PV und die geringeren Maßgaben für die Landwirtschaft. Dazu möchte er wissen, ob die Stadt zu einer solchen Anlage tendiere oder die Fläche aus der Landwirtschaft herausnehmen werde.

Herr Kipke erklärt, dass zunächst abgewartet werden müsse, welche Modelle im Rahmen der Ausschreibung vorgeschlagen werden. Eine Tendenzentscheidung vor Eingang der Angebote halte er nicht für sinnvoll. Möglichst viele Optionen sollten berücksichtigt werden.

Herr Wurm unterstützt die Haltung der Verwaltung für ein zügiges Vorgehen.

Ratsherr Grimm äußert Bedenken zur Umsetzung des Punktes 6, wenn der Strom nicht direkt an den Verbraucher gehen kann. Er fragt, welche Nutzung an dieser Stelle ohne Einspeisung ins Netz möglich wäre.

Herr Kipke antwortet, dass auch genau für diese Fragestellungen die Ausschreibung erfolge. Es gebe Konzepte dafür, im Zweifelsfall sei jedoch auch keine Nutzung vor Ort möglich. Dieser Aspekt werde in der Bewertungskriterienmatrix abgebildet.

### **Beschluss:**

Der Ausschusses für Umwelt, Klima, Grünflächen und Forsten empfiehlt dem Verwaltungsausschuss einstimmig, folgenden Beschluss zu fassen:

### **Beschlussvorschlag:**

Die Verwaltung wird beauftragt, das Vergabeverfahren für die Fläche an der A39 entsprechend der obigen Darstellungen durchzuführen.

### **Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen: 9  
Nein-Stimmen: 0  
Enthaltungen: 0

## **zu 9 Sachstandsbericht zur Durchgängigkeit der Ilmenau - Planung der Anlagen zum Fischaufstieg**

### **Beratungsinhalt:**

Herr Wendland, Bereich Umwelt, führt aus, dass im Juni des vergangenen Jahres ein Förderantrag gestellt worden sei. Am 22. November sei ein Ablehnungsbescheid vom Niedersächsischen Ministerium für Umwelt, Energie und Klimaschutz ergangen, in dem ein fehlender Fischschutz bemängelt wurde und die beiden Anlagen als eine große Anlage gewertet werden. Durch einen personellen Wechsel beim Ministerium bestehe Hoffnung, dass bei einem erneuten Antrag die Lage anders bewertet werde. Der Niedersächsische Landesbetrieb für Wasserwirtschaft, Küsten- und Naturschutz halte an der bisherigen Planung fest. Für die Maßnahme an der Lüner Mühle sei man auf Fördergelder angewiesen.

Ratsherr Pols merkt an, dass durch die europäische Wasserrahmenrichtlinie ein gewisser Zeitdruck

entstehe und fragt, ob daraus negative Konsequenzen für die Stadt Lüneburg entstehen könnten.

Herr Wendland entgegnet, dass Lüneburg zur Vorhabensträgerschaft nicht verpflichtet sei, weshalb keine negativen Folgen für die Stadt zu erwarten seien.

Der Ausschussvorsitzende, Ratsherr Gros, fasst die aktuelle schwierige Lage zusammen und geht auf die Perspektive der Fördermittelgeber ein, wonach es bei einer derartig hohen Fördersumme nachvollziehbar sei, dass die anerkannten Regeln der Technik einzuhalten sind.

### **Beschluss:**

Die Informationen der Verwaltung werden zur Kenntnis genommen.

## **zu 10      Verwendung von Klimabäumen bei Nachpflanzungen Vorlage: VO/11604/24**

### **Beratungsinhalt:**

Frau Keuter, Bereichsleitung Grünplanung und Forsten, berichtet, dass in 2023 und 2024 insgesamt 226 Bäume gefällt worden seien. Diese würden alle nachgepflanzt werden. Die Bäume auf der Fällliste der AGL werden zwischen dem 1. Oktober und dem 28. Februar gefällt, mit Ausnahmen für Verkehrssicherungsmaßnahmen und Bauvorhaben mit späterem Baubeginn. Der Gesamtbaumbestand betrage ungefähr 40.000 Bäume. Für die Nachpflanzungen in 2024 und 2025 seien 137 Bäume bestellt worden. Für die Nachpflanzungen bevorzuge die Stadt heimische Arten, ergänzt durch robuste, klimaangepasste Baumarten wie Zerreiche, Hopfenbuche, Zürgelbaum und Spitzahorn. Die Auswahl erfolge anhand der GALK-Straßenbaumliste, um eine Anpassung an das zukünftige Stadtklima zu gewährleisten.

Die Pflanzungen würden mit Dreibock gesichert, gegen Sonnenbrand geschützt (mittels Stammanstrich oder Schilfmatte), bei Bedarf werde ein Spezialsubstrat verwendet. Zudem werde der Einsatz von Wassersäcken, die über viele Stunden Wasser abgeben, an ausgewählten Standorten erprobt.

Der Ausschussvorsitzende, Ratsherr Gros, fragt, ob die Baumarten Elsbeere und Speierling für die Pflanzung im Stadtgebiet denkbar sind.

### **Ergänzung:**

Der Speierling (*Sorbus domestica*) hat seine Hauptverbreitung in Süd- sowie Südosteuropa. In Deutschland kommt er im mittel- und süddeutschen Raum vor. Der Baum bevorzugt trockene bis mäßig frische Standorte und ist zukünftig auf ausgewählten Standorten im Stadtgebiet denkbar.

Die Elsbeere (*Sorbus torminalis*) kommt im mitteldeutschen sowie im nordostdeutschen Raum vor, fehlt jedoch in der nordwestdeutschen Tiefebene. Die Art ist langsam wachsend und empfindlich gegen Frühfröste. Trotzdem gilt die Elsbeere als „Klimabaumart“ und ist daher zukünftig auf ausgewählten Flächen im Stadtgebiet denkbar.

Aufgrund ihrer Wuchseigenschaften sind Speierling und Elsbeere nur nicht im direkten Straßenseitenraum geeignet.

Beide Arten sind nicht Teil des Ursprungsgebietes Nordwestdeutsches Tiefland. Bei einer Pflanzung im Außenbereich/freier Landschaft würde daher die Untere Naturschutzbehörde (UNB) mit einbezogen werden. Darüber hinaus befinden sich sowohl Elsbeere als auch Speierling auf der Gehölzliste für Ersatzbepflanzungen in der aktuellen Gehölzschutzsatzung. Somit werden sie auch für die Verwendung in Privatgärten empfohlen, sofern der Standort passt.

Die Informationen der Verwaltung werden zur Kenntnis genommen.

## **zu 11      Anfragen im öffentlichen Teil**

### **Beratungsinhalt:**

Ratsherr Grimm fragt, wie viele Genehmigungen auf Basis der neuen Gehölzschutzsatzung in 2025 beantragt wurden und wie viele Bäume neu gepflanzt werden sollen.

#### Ergänzung:

Im Januar 2025 wurden 17 Bäume gefällt und werden 37 Bäume nachgepflanzt. Im Februar 2025 wurden 22 Bäume gefällt und 86 Bäume sowie zusätzlich 20 m<sup>2</sup> Heckenneupflanzung werden nachgepflanzt.

Insgesamt wurden also auf Grundlage der neuen Gehölzschutzsatzung 39 Bäume zur Fällung beantragt, die gemäß alter Satzung nicht geschützt waren. Daraus resultierten insgesamt 123 Bäume und 20 m<sup>2</sup> Hecke in der Nachpflanzung.

